

LESERBRIEFE

Trügerisch und heimtückisch

Unser Vorsorgesystem mit der AHV als 1. Säule ist eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften und ein echtes Erfolgsmodell. Wegen demografischen und monetären Veränderungen ist die AHV sinnvoll weiterzuentwickeln. Dazu steht die «Altersvorsorge 2020» derzeit in den Eidg. Räten zur Debatte und ist auf gutem Kurs. Quer in der Landschaft liegt nun aber die Volksinitiative «AHVplus», denn diese könnte eine sozial ausgewogene Alterspolitik akut gefährden. Höhere Renten sind zwar verlockend. Solche sind aber trügerisch, denn nur mit namhaft höheren Prämien zulasten der ganzen Berufswelt (Erwerbstätige und Arbeitgeber) lassen sich die Mehraufwendungen von geschätzten vier Milliarden Franken jährlich decken. Die «AHVplus»-Initiative ist zweifellos ein folgenschweres finanzpolitisches Abenteuer. Sie widerspricht zudem einem soliden Sozi-

alwerk, weil es giesskannenartig auch gut betuchte Bezüger begünstigt und EL-Bezüger per Saldo nicht weiterhilft. Unweigerlich aber würden die jungen und aktiven Erwerbstätigen, Arbeitgeber sowie gewerbliche und bäuerliche Selbstständige einmal mehr stark zur Kasse gebeten. Diese heimtückische «AHVplus»-Volksinitiative kann also schmerzvoll und langfristig nachteilig ins Auge gehen.

Zu dieser klaren Einschätzung kamen generationenübergreifend nicht nur die JCVP, sondern auch die Seniorenvereinigung CVP60plus Schweiz. Als deren Vorstandsmitglied empfehle ich aus echter Sorge um eine verantwortungsvolle und sozial verträgliche Altersvorsorge, die trügerische «AHVplus»-Initiative abzulehnen.

Alois Hodel,
ehem. CVP-Grossrat, Egolzwil

Wir sind ja bloss Schweizer

Unglaublich, wie verantwortungsvoll und pflichtbewusst wir Schweizer einmal mehr sein sollen. Rentnerinnen und Rentner, welche das ganze Leben gearbeitet haben und nichts geschenkt erhalten, sollen zugunsten einer stabilen und gesicherten AHV auf eine Rentenerhöhung verzichten! Gleichzeitig werden jährlich Milliarden von Franken für Entwicklungsländer und Wirtschaftsflüchtlinge ausgegeben. Notabene in oft korrupte Länder, in denen die Bevölkerung längst den Rucksack gepackt hat und Richtung Europa zieht. AHVplus ist eine linke Initiative. Ist es aber nicht gerade die Politik der Linken, welche eine Rentenerhöhung verhindert? Es wird einfach mal Geld ausgegeben und Nachtragskredite in Millionenhöhe für die Asylpolitik bewilligt.

Ich verstehe tatsächlich jeden Bürger in der Schweiz, der sich sagt: «Jetzt bin ich mal dran. Solange man Geld für Fremde hat, habe ich als Schweizer auch Anspruch darauf!»

Und trotzdem; die AHV muss gesichert werden. Solange sich die Zuwanderungspolitik und Flüchtlingsthematik nicht ändert, muss der Schweizer wohl oder übel Verantwortung tragen, auf Ansprüche verzichten und pflichtbewusst bleiben. Es wird nicht das Ende sein, sondern der Anfang vom Verzicht auf Freiheit und Wohlstand.

Schade, dass wir nicht fähig sind, unseren Rentnerinnen und Rentnern einen verdienten und schönen Lebensabend zu sichern.

Roland Staub, SVP Menznau



ANNO DAZUMAL

Unser Bild aus dem Jahr 1960 zeigt Hans Kunz aus Ettiswil beim Pflügen mit drei Pferden.

Kein Schlechtreden der Wirtschaft

Die Initiative «Grüne Wirtschaft» der Grünen ist vom Grundsatz her richtig, setzt aber auf die völlig falschen Instrumente. Sie führt zu einer linken Planwirtschaft mit einer staatlichen Ressourcenkontrolle. Es drohen staatliche Produktionsvorschriften für Unternehmen, Importverbote und Konsumbeschränkungen. So entstehen neue Handelshemmnisse, die sogar wichtige Freihandelsabkommen infrage stellen. Darüber hinaus schottet die Initiative den Schweizer Markt weiter ab und zementiert die Hochpreisinsel

auf Jahrzehnte hinaus. Was mich aber besonders stört, ist das Schlechtreden des Umweltbewusstseins unserer Wirtschaft.

Als Unternehmer mit langjähriger Erfahrung im Bereich der Gebäudetechnik kann ich Ihnen versichern, dass sich die Schweizer Unternehmer in Sachen Umweltschutz heute schon stark engagieren. Sie haben längst gemerkt, dass sich nachhaltiges Geschäft auch ökonomisch auszahlt. Sie haben ein Eigeninteresse an einem ressourcenschonenden Handeln. Als Bei-

spiel nenne ich die Bauweise nach dem Label Minergie. Solche vorbildlichen Qualitätsnormen entstanden nicht auf der Basis von Gesetzen, sondern auf der Basis von Forschung, Selbstverantwortung und Marktwirtschaft. Diesen Pfad der Eigenverantwortung und der Innovation gilt es weiter zu beschreiten. Neue staatliche Regulierungen sind nicht nötig. Umso mehr, als der Nachweis zum Handlungszwang fehlt.

Peter Schilliger,
Nationalrat FDP, Udligenswil

Verantwortungslose Initiative auf Kosten der Jungen

2014 hat die AHV erstmals mehr ausbezahlt als eingenommen. Dieses Finanzloch wird in Zukunft noch viel grösser. Denn: Einerseits werden die Menschen immer älter, andererseits kommen in den nächsten Jahren die «Babyboomer» ins Rentenalter. Wer diese Hintergründe kennt, kann der Initiative

«AHVplus» unmöglich zustimmen. Diese verlangt eine Pauschalerhöhung aller Altersrenten um zehn Prozent.

Wer dieses «Geschenk» finanzieren soll, verschweigen die Initianten. Ich verrate es Ihnen: Es sind die Jungen, welche die Zeche über höhere Beiträge oder Steuern zu bezahlen hätten.

Sagen wir Ja zur «AHVplus»-Vorlage, hätte dies zur Folge, dass Berufstätige und ihre Arbeitgeber immer höhere AHV-Beiträge zu bezahlen hätten. Kommt hinzu, dass von der Initiative primär jene Rentner profitieren würden, die gar keine AHV-Erhöhung brauchen.

Ärmere Leute, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, hätten durch die Initiative jedoch keinen Vorteil. Im Gegenteil: Viele müssten fortan auf die Ergänzungsleistungen verzichten.

Kein Zweifel: Der «Patient AHV» braucht dringend eine Behandlung, um

langfristig geheilt werden zu können. Mit der Symptomtherapie «AHVplus» wird die Situation des Patienten aber nicht verbessert, sondern massiv verschlechtert.

Christine Kaufmann-Wolf,
Kantonsrätin CVP, Kriens

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Yvonne Hunkeler
CVP, Grosswangen

Liebe Leserinnen und Leser
Der Kanton Luzern hat Grosses vor: An der kommenden Kantonsratssession sind drei zentrale Projekte traktandiert. Alle drei Vorhaben, das Hoch-

Grosse Vorhaben im Kanton Luzern

wasserschutz- und Renaturierungsprojekt Reuss, das Verwaltungsgebäude am Seetalplatz und die «Salle Modulable» sind kostspielig, zusammen sollen über CHF 500 Mio. investiert werden. Diese Projekte sind nicht nur aufgrund der finanzpolitischen Herausforderungen im Kanton Luzern kritisch zu beurteilen.

Hochwasserschutz Reuss: so nicht

Das Hochwasserereignis von 2005 hat gezeigt, dass die Reuss in Wohn- und Lebensraum viel Schaden anrichten kann. In einem kombinierten Projekt von Hochwasserschutz und Renaturierung will der Kanton nun CHF 167 Mio. investieren. Dazu werden gegen 30 ha Wald und 30 ha Landwirtschaftsfläche beansprucht. Das Projekt ist sehr umstritten: Bauern wehren sich gegen den Landverbrauch und es gibt offene Fragen, weshalb der Kanton Zug ein ähnliches Vorhaben mit viel tieferen Kosten realisieren konnte. Zudem ist die Finanzierung des Gesamtprojekts nicht geklärt: der Kostenverteiler zwischen Bund, Kanton und Gemeinden wurde schon verschiedene Male verändert. Bevor das Projekt weitergeführt wird, muss daher zuerst geklärt werden, welche Bundesbeiträge tatsächlich zugesichert sind und wie die verbleibenden Kosten zwischen dem Kanton und den Gemeinden aufgeteilt werden. Weiter ist zu prüfen, ob eine Redimensionierung des Gesamtprojekts nicht möglich wäre und damit weniger massive Eingriffe in die Natur und Landwirtschaft zur Folge hätte. Ein Marschhalt ist angesagt.

Verwaltungsgebäude: jetzt nicht

Am Seetalplatz soll ein neues Verwaltungsgebäude für über 1000 Kantonsangestellte entstehen. Dieses soll gegen CHF 160 Mio. kosten. Dadurch sollen Einsparungen von CHF 7 Mio. pro Jahr durch entfallende Büromieten, kürzere Reisezeiten, Synergien, etc., resultieren. Gegenwärtig spart der Kanton Luzern an allen Ecken und Enden: Zwangsferien bei den kantonalen Schulen, eine Erhöhung der Arbeitszeiten bei Verwaltung und Lehrpersonen, die Verschiebung der Aufstockung der Luzerner Polizei, usw. stehen zur Diskussion. Auch wenn Einsparungspotenzial ausgewiesen wird, lassen diese Berechnungen noch Fragen offen. Wie viele Arbeitsplätze benötigt der Kanton Luzern in sechs Jahren? Soll der Kanton Luzern im grösseren Umfang Reservebüros und Wohnungen am Seetalplatz halten und damit Risiken eingehen? Zudem bin ich der Überzeugung, dass ein solches Verwaltungsgebäude durch private Investoren oder eine Pensionskasse realisiert werden und der Kanton Luzern als langfristiger Ankermieter auftreten sollte. Wie es mit den Finanzen im Kanton Luzern

weitergeht, ist noch völlig unklar. Da stellt sich wirklich die Frage: Ist der Zeitpunkt richtig, um über eine neue Verwaltung zu diskutieren? Ich finde nein! Das Projekt wird mit grosser Sicherheit als «Palast für die Verwaltung in Zeiten knapper Kassen» wahrgenommen und hat gegenwärtig bei einer Volksabstimmung keine Chance. Aus diesem Grund: neues Verwaltungsgebäude ja, aber nicht jetzt.

Salle Modulable: gar nicht

Stellen Sie sich vor, Sie brauchen ein neues Auto und fassen die Anschaffung eines günstigen VW ins Auge. Nun kommt eine wohlhabende Erbtante und verspricht Ihnen einen «Zustupf» von CHF 100 000, falls Sie einen Porsche kaufen. Wie entscheiden Sie sich? Auch wenn der Porsche verlockend ist und Sie das Geschenk Ihrer Tante fast nicht ausschlagen können, werden Sie vernünftigerweise bei Ihrem VW bleiben. Denn die laufenden Kosten für Motorfahrzeugsteuern, Versicherungen, Treibstoffe, Pneu, etc. übersteigen bei Weitem Ihr Budget. Einen Porsche zu besitzen hat zwar schon seinen Reiz, aber eigent-

lich wollten Sie ein robustes Auto, mit dem Sie im Winter auch in die Berge fahren können. Das ist vergleichbar mit der Salle Modulable: Stadt und Kanton Luzern kämen nicht auf die Idee, ein solches Vorhaben für über CHF 200 Mio. zu planen, wäre da nicht unverhofft Geld zur Verfügung. Nur wenige Personen und Gruppierungen stehen mit vollem Herzblut hinter dem Projekt, das reicht nicht. Also: es ist ein ehrlicher Entscheid zu treffen und die Projektierung abzulehnen.

Investitionsentscheide sind auch – aber nicht nur – Bauchentscheide. Beim Hochwasserprojekt Reuss muss man nochmals über die Bücher. Kein Bürger versteht, weshalb im jetzigen Zeitpunkt CHF 160 Mio. für eine neue Verwaltung gesprochen werden sollen. Eine Salle Modulable ist zwar ein schönes Geschenk, aber eines, das wir gar nie wollten und dessen Unterhalt wir uns nicht leisten können. Es liegt in den Händen von uns Kantonsratsmitgliedern, anlässlich der Septembersession vernünftige Entscheidungen mit XMV, mit «Xundem Menschenverstand» zu fällen.